

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Schulte (Menden), Tatge, Vogel (München),
Bueb und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksache 10/3809 —

**Neue schwere Bedenken gegen die Genehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage
in Wackersdorf zur Gewinnung von Uran und Plutonium**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt die Wiederaufarbeitung abgebrannter radioaktiver Brennelemente ab, da sie

- zusätzliche radioaktive Strahlung freisetzt,
- Plutonium zugänglich macht mit der Folge erhöhter Sicherheitsüberwachungen und Proliferationsgefahren,
- die Möglichkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie verhindert,
- neuen Entsorgungsbedarf schafft, anstatt Entsorgungsprobleme zu lösen,
- keinen Beitrag leistet für eine umweltfreundliche und sozialverträgliche Energieversorgung.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Grundsatzentscheidung der Bundesregierung vom 23. Januar 1985 zugunsten des großtechnischen Einstiegs in die Wiederaufbereitung wurde ein demokratischer Meinungsbildungsprozeß hinsichtlich der Frage des großtechnischen Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft umgangen:

- Die Ergebnisse der von 1980 bis 1984 im Auftrag der Bundesregierung erstellten Systemstudie „Andere Entsorgungstechniken“ wurden erst nach der präjudizierenden Entscheidung vom 23. Januar 1985 der Öffentlichkeit bekanntgemacht,
- die föderalen und parlamentarischen Institutionen (Hauptauschuß des Länderausschusses für Atomenergie – LAA, Bun-

destagsausschuß für Forschung und Technologie) wurden übergeben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt es daher ausdrücklich, daß sich immer größere Teile der Bevölkerung über die Risiken der Wiederaufbereitungstechnologie informieren und gegen den drohenden Ausbau der Plutoniumwirtschaft initiativ werden. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages rufen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, unter Ausnutzung aller demokratischen Grundrechte die Proteste gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu unterstützen und an der geplanten Großdemonstration am 12. Oktober 1985 in München teilzunehmen.

Bonn, den 2. Oktober 1985

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion